

EPHRAIM BIERI FÜR NZZ AM SONNTAG



«Innert weniger Stunden war alles zerstört»: Die Familie Moghaddam-Firouzi in ihrer alten Wohnung in Seedorf (BE). (20. 7. 23)

Die Katze kann bleiben, die Familie muss gehen

Auf der Strasse erfahren Iranerinnen Solidarität, in den Schweizer Amtsstuben spüren sie davon wenig. Politikerinnen wollen das ändern

Ladina Triaca

Für einmal sprintet der kleine Junge nicht durch die Wohnung, sondern bremst abrupt ab und geht vor zwei Schälchen in die Hocke. «Das isch ds Wasser», sagt er auf Berndeutsch und zeigt auf das eine Schälchen. «Und das si Chatze-Spaghetti», den Finger schon auf dem braunen Katzenfutter. Und wo ist die Katze? «Die versteckt sech im Zimmer.»

Die Katze ist die Einzige, die in dieser Wohnung im bernischen Seedorf bleiben konnte. Der kleine Parsa, 3, seine Schwester Parnak, 6, Mutter Ronak Firouzi und Vater Parviz Moghaddam sind nur ausnahmsweise hier. Sie mussten die Vier-Zimmer-Wohnung vor zehn Tagen verlassen. Dass die Eheleute vor Jahren in Iran verhaftet worden waren - wie sie sagen - und sich als konvertierte, aktive Christen vor einer Rückkehr fürchten, reicht den Behörden nicht. Ihr Asylgesuch wurde definitiv abgelehnt.

Ungefähr 250 Iranerinnen und Iraner leben wie die Familie Moghaddam-Firouzi in der Schweiz, obwohl sie das Land verlassen müssten. Rund 900 befinden sich im Asylverfahrensprozess. Seit dem Ausbruch der Proteste in der Islamischen Republik im vergangenen Herbst stellt sich für die Schweiz die Frage: Wie soll sie mit diesen Menschen umgehen?

Haare ab – und sonst?

Politisch ist die Solidarität gross. An Protesten in Zürich, Basel und Bern wurde zuletzt mantramässig der Spruch der iranischen Protestbewegung «Frau, Leben, Freiheit» skandiert. Vor dem Bundeshaus schnitten sich Parlamentarierinnen Haarbüschel ab, um ihre Unterstützung zu demonstrieren. Und der Nationalrat verurteilte die «exzessive Gewalt» der Regierung und die Hinrichtung von Demonstranten «aufs Schärfste».

Doch den iranischen Flüchtlingen nützt diese Solidarität im Um-

gang mit den Schweizer Behörden wenig. Einerseits ist die Schutzquote von Iranern - also der Anteil jener, die hier Asyl erhalten oder vorläufig aufgenommen werden - tiefer als jene von anderen Flüchtlingen. Während acht von zehn Afghanen und Eritreern zumindest vorläufig in der Schweiz bleiben können, sind es bei den Iranern nur knapp vier von zehn.

Andererseits fühlen sich viele iranische Flüchtlinge unfair behandelt. Zum Beispiel die 41-jährige Fatemeh Nafary. Sie floh vor vier Jahren aus Iran in die Schweiz, weil sie, wie sie sagt, mehrmals von der Moralpolizei verhaftet worden sei. Im Kanton Bern würde sie gerne bei Privatpersonen wohnen. Die Behörden erlauben dies abgewiesenen Asylbewerberinnen wie ihr jedoch nur, wenn sie sich auf der Botschaft ihres Herkunftslandes gültige Papiere beschaffen. Für die Frau: unvorstellbar.

«Die Botschaft ist Teil des terroristischen Regimes», sagt sie am Telefon auf Englisch. «Sobald ich einen Fuss in das Gebäude setze, können sie mich verhaften und zurück nach Iran schicken.» Die Berner Behörden hingegen verweisen auf die gesetzlich verankerte Mitwirkungspflicht. Und sie argumentieren: Wenn die Bundesbehörden der Auffassung seien, die Ausreise in ein Land sei zumutbar, so sei es auch die Beschaffung von Reisepapieren bei der diplomatischen Vertretung. Mullah-Regime hin oder her.

Im Clinch mit den Berner Behörden steht auch die Familie Moghaddam-Firouzi. Dreieinhalb Jahre wohnte sie in Seedorf. Die Kinder besuchten hier die Kita

«Sobald ich einen Fuss in das Gebäude setze, können sie mich verhaften.»

und den Kindergarten, die Mutter arbeitete ehrenamtlich in einem Dorfladen, der Vater half im Pflegeheim.

An diesem Sommertag im Juli ist ihre Wohnung immer noch voll mit Kinderspielzeug, an den Wänden hängen Familienfotos und Zeichnungen. «Wir hatten nur wenige Stunden Zeit, um unsere Sachen zu packen», sagt Mutter Ronak Firouzi. «Wir haben uns in der Schweiz so viel Mühe gegeben, und innert weniger Stunden war alles zerstört.»

Die Gemeinde Seedorf wollte der Familie die Wohnung mindestens bis Ende Jahr zur Verfügung stellen. Doch der Kanton Bern lehnte das Gesuch um Privatunterbringung ab. Das Argument: Nur Privatpersonen können abgewiesene Asylsuchende bei sich aufnehmen, nicht aber Gemeinden.

Die Kirche reklamiert

Nun lebt Vater Parviz Moghaddam mit den beiden Kindern in einem 50 Kilometer entfernten Rückkehrzentrum in Aarwangen. Die Mutter hatte kurz vor dem Umzug einen Zusammenbruch und musste in eine Psychiatrie verlegt werden. Der Vater zeigt auf dem Handy ein Video der neuen Unterkunft: Zu sehen ist ein kahles Zimmer, zwei Kajütenbetten, ein Tisch und ein Kühlschrank. «Die Kinder sind sehr unglücklich», sagt er auf Persisch, ein Freund neben ihm übersetzt. «Meine Tochter fragt ab und zu: Wann gehen wir wieder nach Hause?»

Sowohl die Familie Moghaddam-Firouzi als auch Fatemeh Nafary werden von kirchlich engagierten Freiwilligen begleitet. Meistens hält sich die reformierte Kirche im Kanton Bern mit öffentlicher Kritik zurück. Nun aber sagt Kirchenleitungsmittglied Ueli Burkhalter: «Wir erwarten, dass die Behörden ihre Aufgabe mit Augenmass, Wahrung der Verhältnismässigkeit und Menschlichkeit ausführen, was wir in beiden Fällen vermissen.»

Ob die Familie und die Frau jemals nach Iran zurückkehren werden, ist jedoch höchst fraglich. Gemäss dem Bund wurden seit 2019 bloss fünf Personen gegen ihren Willen nach Iran zurückgeführt. Ein Grund: Das Regime stellt nur jenen Personen Ersatzreisedokumente aus, die freiwillig in das Land zurückkehren wollen.

«Es braucht eine politische Lösung für die Iranerinnen und Iraner», sagt die Grünen-Nationalrätin Natalie Imboden. Sie will im Herbst im Parlament einen Vorstoss einreichen, um Flüchtlinge aus Iran - ähnlich wie jene aus Afghanistan - generell vorläufig aufzunehmen. «Die Menschen werden in absehbarer Zeit nicht nach Iran zurückkehren können», sagt sie. «Wir haben deshalb alles Interesse daran, dass sie sich bei uns integrieren können.»

Die Forderung der grünen Politikerin stösst auch bei Mitte-Nationalrätin Marianne Binder auf Sympathie. «In Iran geschehen schwerste Menschenrechtsverletzungen. Die Menschen dahin zurückzuschicken, ist unzumutbar.» Sie sei für eine «grosszügige Lösung», die es Iranerinnen und Iranern erlaube, hier zu arbeiten und zu studieren.

Kritischer ist FDP-Ständerat Damian Müller. Er sagt: «Abgewiesene Asylsuchende müssen die Schweiz verlassen, weigern sich aber, dies zu tun. Ich glaube nicht, dass wir dieses Verhalten mit einer vorläufigen Aufnahme belohnen sollten.» Eine Generalisierung der vorläufigen Aufnahme für Iraner würde zudem einen Pull-Effekt in Richtung Schweiz erzeugen.

Eindeutig positioniert sich der Bund. Das Staatssekretariat für Migration schreibt, in Iran herrsche derzeit «keine Situation von Krieg, Bürgerkrieg oder allgemeiner Gewalt». Eine grundsätzliche vorläufige Aufnahme von Iranerinnen und Iranern sei gegenwärtig nicht gerechtfertigt.

Die 96 Leopard-Panzer lagern im Dorf Villesse

Recherchen zeigen: Die Panzer der Ruag stehen in Nordostitalien. Sicherheitspolitiker diskutieren über ihre Verschrottung.

Georg Humbel, Forrest Rogers

Jetzt ist klar, wo die Leopard-Panzer der Ruag lagern: Die «NZZ am Sonntag» hat die 96 Kriegsmaschinen des bundeseigenen Rüstungsbetriebs auf einem Firmengelände im nordostitalienischen Villesse entdeckt. Dort stehen sie notdürftig mit Planen abgedeckt auf dem Firmengelände der Goriziane SpA Group. Gemäss einem Promotionsvideo könnte das Industrieunternehmen solche Panzer in nur 45 Tagen einsatzfähig machen.

Doch dazu wird es nicht kommen. Der Bundesrat hat den Verkauf an die Ukraine verboten. Die Ruag-Chefin Brigitte Beck hat unter anderem deshalb ihren Job verloren. Nun stellt sich die Frage, was mit den Panzern passieren soll. Sogar deren Verschrottung wird diskutiert.

Das Thema beschäftigt die nationale Politik. SVP-Nationalrat Mauro Tuena ist Präsident der nationalrätlichen Sicherheitskommission (SIK). Er sagt: «Ich denke, dass es schwer wird, diese Panzer noch zu verkaufen.»

Tuena betont, dass es sich um sehr altes Kriegsgerät handle. «Ausser der Ukraine dürfte es kaum Interessenten geben, und eine Lieferung dorthin ist nach dem Bundesratsentscheid definitiv vom Tisch.» Wie die Ruag bestätigt, hat sonst tatsächlich niemand Interesse angemeldet.

Der FDP-Sicherheitspolitiker Josef Dittli sieht den bundeseigenen Betrieb in der Pflicht. «Ich erwarte von der Ruag, dass sie diese Panzer unter Einhaltung des Kriegsmaterialgesetzes wenigstens kostenneutral verwerten kann», so der Ständerat. Für Dittli ist auch die Entsorgung kein Tabu: «Wenn es von allen schlech-

ten Varianten noch die beste ist, dann muss man auch die Verschrottung prüfen.» SIK-Präsident Tuena betont, die Einlagerung koste Geld: «Wenn sie wirklich niemand will, muss man sie im schlimmsten Fall entsorgen, sprich verschrotten.»

Aus ganz anderen Gründen ist auch die Grüne Marionna Schlatter offen für eine Entsorgung: «Die Verschrottung wäre aus meiner Sicht die konsequenteste Lösung», so die rüstungskritische Nationalrätin. Sie wünscht sich, dass die Schweiz nicht noch Geschäfte betreibe mit alten Panzern und die Verbreitung von Kriegsmaterial fördere.

Für die Schweiz bleiben die Panzer ein Reputationsrisiko. Auf dem Schlachtfeld ist die Offensive der Ukrainer ins Stocken geraten. Der Konflikt wird immer mehr zu einem Abnutzungskrieg, und der Bedarf der Ukrainer wächst. Jederzeit könnten neue Anfragen oder Druckversuche kommen, die Panzer doch noch freizugeben. «Die Schweiz steht international einmal mehr sehr schlecht da», sagt die SP-Sicherheitspolitikerin Franziska Roth. Die Kriegsgeräte zu verschrotten, wäre für sie ein aussenpolitisches Desaster. «Wenn wir während des Ukraine-Krieges Panzer entsorgen, machen wir uns unmöglich.»

Der Mitte-Politiker Alois Gmür sagt es noch direkter: «Verschrotten wäre der blanke Wahnsinn.» Er wünscht sich, dass die Panzer doch noch an die Ukraine geliefert werden können. «Wir dürfen diese Panzer nicht in Italien verrotten lassen. Das wäre eine Schande für unser Land.»

Doch genau darauf könnte es herauslaufen. Gemäss Recherchen ist man sich Ruag-intern bewusst, dass eine Verschrottungsaktion Unverständnis auslösen könnte. Wie die Bilder aus Villesse zeigen, sind die Panzer nur notdürftig vor der Witterung geschützt. Die Versuchung ist gross, sie in Italien stehen und den Zahn der Zeit nagen zu lassen.



Stehen im Regen: Die Leopard-Panzer der Ruag. (Villesse, 23. 6. 23)

Classe politique

Diana Gutjahr, Glückspilz, lebt konsequent. Die SVP-Nationalrätin, die sich als entschiedene Kämpferin gegen den Vaterschaftsurlaub einen Namen gemacht hat, gegenüber «Watson»: «Mein Mann hat seinen Vaterschaftsurlaub nicht bezogen. Zum Glück.» Überhaupt sei sie froh gewesen, tagsüber allein zu sein: «Er hätte ja doch nicht helfen können.» Und eine realistische Einschätzung der Fähigkeiten des Gegenübers erleichtert das Zusammenleben bekanntlich massiv.

Ueli Schmezer, Verbots-Vorbote, drängt für die Berner SP in den Nationalrat. Der ehemalige «Kassensturz»-Moderator hat längst erkannt, dass er nicht den



Diana Gutjahr Ueli Schmezer

politischen Gegner überzeugen muss, sondern die Parteigenossen. «Ich finde Vorschriften und Verbote gut!», verkündet er folgerichtig auf dem Portal «Nau». Ob strengere Vorschriften für überzuckerte Süssgetränke oder Verbot von Verbrennungsmotoren: Schmezer nimmt schon mal vorweg, wo er ansetzen will. Da weiss man, was einem droht.